

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1911.
Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2808.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1911.
Fernsprecher: Amt Norden 1107 und 1108.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, noch außerhalb (Zustellung unter Streifen) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erzielung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsegnung der Bezugsgebühr erforderlich.

Inserate kosten die Lebzugsplatte Millimeterzeile oder deren Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das seitgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 20 Prozent. Bei Familienanzeigen und Besammlungsanmeldungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Insetate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Insetate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Montag, den 2. Dezember 1918

Nummer 31

Gegen Solf und Erzberger!

Eine Kundgebung der englischen Arbeiter.

London, 30. November. (Reuter.) Bei der heutigen Kundgebung der Arbeiterpartei in der Albert-Hall, die unter dem Vorsitz von George Lansbury stattfand, erklärte Ramsay MacDonald in einer Rede, in der er wiederholt unterbrochen wurde, daß nicht nur die Arbeitsstätten und Industriellen, sondern auch die Politik des Parlaments, sowie die internationalen Beziehungen unter die Aufsicht der Arbeiterpartei kommen müßten.

In der angenommenen Entschließung wird verlangt: Gründung eines demokratischen Völkerbundes auf der Grundlage einer Abschaffung der Wehrpflicht, der Ausprägung und des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker, der Herstellung des Friedens und der Bekämpfung der imperialistischen Völker. Ferner wird die Zurückziehung der alliierten Ozeer aus Rußland, die sofortige Wiederherstellung der Arbeiterinternationale und die Aufnahme eines internationalen Arbeitsgesetzes in den Friedensvertrag gefordert. Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Gründung einer täglich erscheinenden Arbeiterzeitung 100 000 Pfund Sterling eingegangen sind.

Internationale Arbeitertreffen.

Washington, 30. November. (Reuter.) Wie berichtet werden als Delegierte des amerikanischen Arbeiterverbandes auf der internationalen Arbeitertreffen in Paris tagen wird, Compers und Morrison für den Arbeiterverband, William Green für den Bergarbeiterverband, John Alvine für Arbeiter, James Duncanson für den internationalen Granitarbeiterverband, Frank Duffy für die Zimmerleute, nach Frankreich reisen. Die Arbeiterführer glauben, daß die Konferenz zur Errichtung eines internationalen Arbeiterverbandes führen wird.

Wer hat die Schuld?

Bethmann gegen Wilhelm.

Die Aeußerungen Wilhelms über seine Abmahnungsbefugnisse in den entscheidenden Julitagen 1914 haben nun wieder Herrn v. Bethmann Hollweg auf den Plan gerufen. Die „Deutsche Wta. Ztg.“ stellt es zwar so dar, als ob die Aeußerungen des früheren Kanzlers von vor dem Bekanntwerden des Kaiserinterdiktos gefallen wären, aber das mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls berichtet das Blatt jetzt, daß Herr von Bethmann Hollweg sich nach seiner Darstellung „mit voller Schärfe gegen die Unterstellung ausgesprochen habe, als habe die Reichsleitung damals den Kanzler von Deutschland entfernt (oder auf Reichsgebiets, wie es in der Niederschrift des Herrn Wegener hieß), um nun ungestört zum Kriege treiben zu können“.

Erfahrung gegen Erklärer — jeder sucht sich auf Kosten des anderen reinzuwaschen, ein freundliches Bild! Wir sind auf die Fortsetzung dieses Streites gespannt. Er kann noch nette Entschuldigungen zulage fördern. Wilhelm II. hat mit seinen Darlegungen über seine Unschuld einen heraldisch lächerlichen Widerhall gefunden. Aber auch Herr von Bethmann hat seine zünftige Presse. Besonders bemerkenswert sind in dieser Beziehung die Aeußerungen der „Frankfurter Zeitung“, die früher immer sehr die Partei des ehemaligen Kanzlers ergriffen hatte. Das Blatt rückt sehr energisch von dem bisherigen Freunde und Schützling ab:

„Was für ein Staatsmann Bethmann Hollweg ist, so schreibt es u. a., das zeigen in schauerlicher Deutlichkeit seine Bemerkungen über das verhängnisvolle Ultimatum Österreich-Ungarns über das Kaiserreich Serbien. Wir wollen die Schuld Bethmanns nicht noch schwärzer malen, als sie ist. Auch hier hat er aus Herzlichkeit die Dinge geben lassen, wiewohl ihm nicht geheimer zumute war... Kein Herr von Bethmann, drängen Sie sich nicht ungeschwiegen an das Licht der Öffentlichkeit, ver-

zriehen Sie sich lieber in Ihr Kaufloch Dohensinow und rufen Sie nicht allzu laut nach dem Staatsgerichtshof. Dessen Urteil könnte sehr anders ausfallen, als Sie zu glauben scheinen.“

Das glauben auch wir. Offenlich läßt der Staatsgerichtshof nicht mehr allzu lange auf sich warten!

Eine Erklärung Brantings.

Auf einen Privatbrief des Volksbeauftragten Ebert hat der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, Branting, geantwortet, er hoffe, daß eine direkte Verständigung mit den bisherigen Gegnern immer mehr möglich sein werde, wenn diese jetzt leben, daß mit den Mißständen des alten Regimes ernstlich aufgeräumt werde. Er sende wärmste Wünsche zum Durchhalten bis zur Konstituante.

Ein mißglückter Putsch.

Warschau, 30. November. (Wta.) In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend versuchten etwa 50 bis 60 Soldaten, die eine Waffenkammer erbrochen und sich bewaffnet hatten, einen Putsch. Ein gewisser Arbeiter, der hier einen wenig guten Rumund besitzt, war in Spandau, wo er eine Straße verläßt, durch die Revolution befreit worden und hat sich in Berlin nach seiner Angabe der Spartakusgruppe angeschlossen. Von Spandau kam er in Feldweheluniform nach Warschau, um hier einen Putsch zu veranlassen. Es gelang ihm, eine Reihe von Leuten für sich zu gewinnen, die er bewaffnet hat. In der Nacht zogen sie unter dem Ruf: Nieder mit allen Zentrumsleuten! Es lebe die Republik! durch die Stadt, wobei Schüsse fielen. Das Ziel der Putschmänner war in erster Linie das militärische Besatzungsdepot, wo sie sich neu einziehen wollten. Der Zug wandte sich dann zur Wlaska-Kaserne. Dort hatten die Soldaten auf die Kunde vom Herannahen der Demonstranten Maschinengewehre aufgestellt. Als auf die Aufforderung: Hände hoch! Gewehre hinwerfen! aus den Reihen der Auftraher Schüsse fielen, antworteten die Soldaten mit Maschinengewehrfeuer. Zwei der Auftraher wurden schwer verletzt. Einer von ihnen ist heute früh seinen Verletzungen erlegen. Arbeiter und zwei weitere Auftraher sind verhaftet und werden am Montag vom Standgericht Schwelbzig abgeurteilt werden. Das hiesige Standgericht hat das Todesurteil über Arbeiter gefällt. Das Standgericht mußte jedoch nach dem Waldener des Verteidigers in einer erneuten Verhandlung sich für ungeschuldig erklären und die Angelegenheit nach Schwelbzig überweisen.

Auch in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag fielen an verschiedenen Stellen Schüsse, deren Herkunft noch nicht festgestellt werden konnte.

Eine Erklärung Adolf Hoffmanns.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Adolf Hoffmann, hat auf eine an Herrn Ebert gerichtete Zuschrift vom 25. November 1918 über die Entschlieung einer Versammlung von Vertrauensmännern der Zentrumspartei des Reichstagswahlkreises Dortmund-Görde vom 24. November u. a. erwidert, auch von den „neuen Männern“ denke niemand daran, die religiöse und Gewissensfreiheit anzutasten. Das Erziehungsrecht der Eltern werde ungeschmälert bleiben, deshalb sollten die Eltern das Recht haben, ihre Kinder von Angehörigen derselben Kirche, welcher sie selbst angehörten, in ihrem Glauben erziehen zu lassen.

Dem Christentum werde volle Freiheit und Gleichberechtigung nach jeder Richtung hin gewährleistet.

Hinsichtlich der Trennung von Staat und Kirche sei es selbstverständlich, daß an dem Etat der bis zum 1. April 1919 laufe, nichts geändert werde. Sollte die Trennung bis dahin nicht vollzogen werden, so werde ein stufenweiser Abbau der Bezüge der Kirche in einer Weise vorgenommen werden, der keinerlei soziale Härten, besonders gegen ärmere Gemeinden, mit sich bringt.

Hohe Zeit!

Zwei der ausgeprägtesten Vertreter des alten Regimes, die Unterstaatssekretäre Wilhelm v. Stumm und Freiherr v. d. Busche-Gaddenhausen, haben den Abschied erhalten. Der Staatssekretär Solf und neben ihm der Staatssekretär Erberger, der leitende Mann in der Waffensituationskommission, sind nach wie vor auf ihrem Posten.

Auf der Reichskonferenz ist ihre Unmöglichkeit ins Bewußte nicht gerückt worden, der bayerische Ministerpräsident lehnt Verhandlungen mit ihnen ab — macht nichts. Sie treten jedem Protest.

Die Frage ist wohl berechtigt, wer und was sie hält. Eine Antwort, die nahe liegt, lautet dahin, daß sie im Augenblick unerjöglich seien, weil sie die Technik des Betriebes beherrschen. Ein Wechsel berge Gefahren für das Funktionieren der Maschine.

Der Grund ist zu naheliegend, um sich haltig zu sein. Sicher hat es seine Schwierigkeiten, die Stellen Sols und Erzbergers jetzt mit anderen Personen zu besetzen. Aber man soll doch auch nicht übertreiben. In diesen Tagen muß sich manch einer in ein ihm bis dahin fremdes Arbeitsgebiet hineingewöhnen, und die Mythen der Diplomatie sind am Ende nicht so undurchdringlich, daß ein Kopf von einiger Begabung sie nicht durchdringen könnte. Schließlich kam Herr Solf doch auch nicht aus der Karriere, und welche Schule hatte vollends Herr Erzberger genossen, als er in kritischer Zeit auf einen der für unsere auswärtigen Beziehungen wichtigsten Posten gestellt wurde?

Für Herrn Solf wird indessen noch ein anderer Trumpf ausgespielt.

Die ganze politische Abteilung des Auswärtigen Amtes, so erzählt man, habe sich mit ihm solidarisch erklärt. Sie werde gehen, wenn ihr Vorgesetzter gehe.

An dieser Aeußerung des gewerkschaftlichen Solidaritätsgefühls können wir unsere Freude haben, aber wir brauchen uns von ihr nicht schrecken zu lassen.

Künftig ist's wahrscheinlich ein Bluff. Nach allen Erfahrungen sind die Beamten — um des Vaterlandes willen — bereit, auch unter veränderlichen Verhältnissen weiter zu dienen. Warum sollten sie gerade an Solf mit so besonderer Freude hängen?

Wenn sie aber wirklich in einen Demonstrationstreik treten sollten, so wären wir mit einem Schläge eine Reihe von Herren los, die ohnehin in das neue System recht wenig hineinpassen. Ihr Scheiden brächte Unannehmlichkeiten und Unbequemlichkeiten. Aber der Apparat käme darüber nicht ins Stoden. Frische Kräfte würden ihn in Gang halten.

Die Drohung macht jedoch auf gewisse Stellen Eindruck, und sie wird vor allem benutzt, um die Aktion des Genossen Eisner zu parieren. Der bayerische Ministerpräsident soll mit seiner Erklärung, er könne mit den leitenden Stellen unseres Auswärtigen Dienstes nicht mehr verhandeln, den schlimmsten Anschlag gegen die Einheit des Reiches verübt haben. Das Unglück lasse sich nur abwenden, wenn seiner Forderung kein Genüge geschieht.

Selten ist mehr mit Verdrehungen und Entstellungen gearbeitet worden als im Falle Eisner, und der „Vorwärts“ braucht sich in dieser Beziehung vor der bürgerlichen Presse nicht zu verstecken.

Nur ein Punkt sei herausgegriffen. Als Eisner auf die Gefahr hingewiesen hatte, die das Verbleiben Sols und Erzbergers für unsere Friedensaussichten biete, wurde in Berlin angedeutet, daß Eisner eine caudex dahinter stecke. Die bayerische Regierung glaube zu wissen, daß man in Frankreich bessere Bedingungen gewähre, wenn die beiden Staatssekretäre beiseite seien.

Zweck dieser Darstellung war, Eisner als Werkzeuge oder gar als Agenten der Entente zu verdächtigen und gegen ihn den Patriotismus aufzurufen, der sich bekanntlich vom Feinde in seine inneren Angelegenheiten nicht will hineinreden lassen.

Als dann der französische Ministerpräsident erklären ließ, er wisse von der sauren Angelegenheit nichts, ließ es

in Berlin: „Glemenceau schüttelt Eisner ab“, „Glemenceau will von Eisner nichts wissen.“

Zweit: Eisner sollte blamiert und als lächerlicher Phantast an den Pranger gestellt werden. Beide Male war die in Betracht kommende Presse so einmütig, daß sich die Vermutung aufdrängen mußte, sie werde von einer bestimmten Stelle dirigiert. Wo diese Stelle zu suchen ist, liegt auf der Hand, und für jeden vernünftigen Menschen sollte gerade die Behandlung des Eisnerischen Wortes Grund sein, das Mißtrauen gegen das auswärtige Amt zu verstärken und nicht die schützende Hand über diese Koterie zu halten.

Dieses Ministerium führt, wie es heute ist, ein Sonderleben, und eben weil seine Branten sich in diplomatische Schmiegsamkeit scheitern bei der neuen Ordnung angepaßt haben, bedroht es neben gewissen hohen Militärs diese neue Ordnung am meisten.

Man mache sich doch auch klar, wie die Vorbereitungen für den Friedensschluß geführt werden.

Leitender Mann der sogenannten Waffenstillstandskommission ist Herr Graberger. Doch er im Ausland durch seine mit Bestechungen aller Art verknüpfte Propaganda, Tätigkeit aufs schwerste kompromittiert ist, steht fest. Wer es noch nicht glaubt, lese die fremde Presse, die an der Umwälzung in Deutschland zweifelt, solange sie Personen seines Schlages in vorderster Reihe an der Arbeit sieht.

Zwei Tage vor der Revolution hat der biedere Zentrumsmann sein brünstiges Bekenntnis zur Monarchie obarglegt. Jetzt führt er die Verhandlungen für die sozialistische Republik. Wo wäre so etwas außerhalb Deutschlands möglich?

Die Waffenstillstandskommission hat für die unmittelbaren Verhandlungen mit den feindlichen Mächten eine Delegation nach Spaa entsandt. Zu ihr gehört als Vertreter des Auswärtigen Amtes beispielsweise der Herr v. Daniel/Spröbling der bekannten schwerindustriellen Familie des Ruhrreviers.

Am unmittelbarsten empfängt die Entente ihre Informationen über die in Deutschland herrschenden Zustände von diesen Leuten. Und wie werden diese Mitteilungen aussehen?

Es ist nicht anzunehmen, daß Herr v. Daniel unsere Zustände im richtigen Licht schildern wird. Seine Klasseninteressen müssen ihn bestimmen, die Revolution und den Sozialismus zu verabscheuen, sein enger Zusammenhang mit der westlichen Industrie, deren separatistische Gelüste bekannt sind, kann ihn veranlassen, bei den Feinden — vielleicht ohne es zu wollen — Eindrücke hervorzurufen, die nicht nur der Revolution, sondern dem territorialen Bestande und dem Selbstbestimmungsrecht der deutschen Republik abträglich sind.

Es ist wahrhaftig die höchste Zeit, diese Zusammenhänge zu erkennen, wenn einer schweren Schädigung unserer Interessen vorgebeugt werden soll. Es geht einfach nicht an, zu den Wahlen zur Nationalversammlung zu schreiten, bevor dieser Gefahrenherd beseitigt ist.

Die vom alten Regime übernommenen Männer des auswärtigen Dienstes müssen sofort beseitigt werden, will man nicht leichtfertig mit der Zukunft des deutschen Volkes spielen. An die Spitze vor allem gehört ein Mann, der keinen Grund hat, eine genaue Untersuchung seiner Kriegspolitik zu scheuen.

Auf jeden Fall ist schnelles Handeln oberstes Gebot.

Eisner gegen das Auswärtige Amt.

In seiner Rede vor dem Bohrischen K. u. S.-Rat kam Eisner zum Schluß nochmals auf die Zustände im Auswärtigen Amt zu sprechen und führte aus:

Ich ging in der vorigen Woche als Regierungsvertreter nach Berlin. Dort hat sich mir ein überaus interessantes Schauspiel. Der ganze alte Regierungsapparat funktioniert noch vollkommen. Ich veröffentlichte aus den Geheimakten der bayerischen Gesandtschaft jene Dokumente, die selbst dem Blödesten beweißen müssen, wenn wir den Krieg verdanken. Durch die Presse läuft der Unsin, daß wir der Entente damit neue Waffen in die Hände gegeben haben. Die Entente weiß alles längst. Ich will nicht die Entente aufklären, sondern das deutsche Volk muß endlich wissen, wenn es den Krieg und den jetzigen Zusammenbruch verdankt. Im Auswärtigen Amt, wo noch die alten Herren sitzen, herrschte Schrecken über meine Veröffentlichung. In einer Sitzung forderte ich unter allgemeiner Zustimmung und ohne Widerspruch, daß die durch die Veröffentlichung so hoch gestellten Männer Zimmermann und v. Zogon sofort verhaftet werden würden. Seitdem gehen die Pressebetreiber gegen mich; sie handeln im Selbsthaltungstrieb. Aber ich bin ganz sicher, es handelt sich nur um eine Gnadenfrist für jene Männer, bis das Berliner Volk erwacht. Ich habe den Herren des alten Systems gesagt: Ihr seid ohnmächtig, Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen zu führen. Derselbe Erzberger, der einst die sozialdemokratischen Protokolle gegen den Krieg — ich weiß nicht, ob erschießen oder lebenslanglich einsperren lassen wollte, der dann alldeutsch war und dann, als er merkte, daß das deutsche Volk nicht brüchig wurde, mit großer Behendigkeit seinen Übergang in jenes Lager vollzog, wo der sogenannte Verständigungsfrieden geputzt wurde — derselbe Erzberger dirigiert noch heute die öffentliche Meinung. Können wir erwarten, daß solche Männer bei der Entente Vertrauen finden? Es ist eine Verwegenheit und ein Irrsinn, solche Männer ins feindliche Lager zu schicken. Man hat wohl auch in Berlin eine revolutionäre Regierung, aber sie hat nichts zu sagen. Rufen kann nur die Ausrückung des Auswärtigen Amtes. Die Herren gehen nicht freiwillig, sie müssen gezwungen werden. Die Herren haben ein schlechtes Gewissen und müssen fürchten, daß wenn ein neuer Geist im Auswärtigen Amt einzieht, die Schuldigen massenhaft entlarvt werden.

Wir möchten nochmals betonen, daß die Ausführungen Eisners über das Auswärtige Amt so völlig unvorderieglich sind und der dringendsten Beachtung bedürfen, ganz unabhängig davon, wie man sich sonst zu Eisners anderen Forderungen stellt. Wir betrachten es, um den wirdesten Ausdruck zu wählen für unklar und den Interessen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen deutschen Volkes für äußerst schädlich, wenn sich jetzt die Wehrheitssozialisten schäufend vor ein System und seine

Gründe unter allen Sozialisten nur eine Meinung herrscht.

Zum Schluß der Sitzung, die bis zum späten Abend dauerte, wurde auch die Frage der Nationalversammlung verhandelt. Minister für militärische Angelegenheiten, Kohlhaupt, betonte, daß die Revolution von München ausgegangen sei. Er sei selbst Gegner der Kriegspolitik von allem Anfang an bis zum Ende gewesen. Es gebe niemand bei der Regierung, der den Standpunkt vertreten wolle, daß die sofortige Einberufung der Nationalversammlung möglich sei. Wenn wir die Nationalversammlung einberufen, müssen auch die Leuten, die an der Front standen, ihre Stimme abgeben können. (Lebhafte Zustimmung.) Die Nationalversammlung werde einberufen werden, sobald die nötigen Voraussetzungen hierzu gegeben seien.

Ministerpräsident Eisner erklärte, daß ihm von einer Diktatur nichts bekannt sei. Nur die Mitarbeit aller ermdliche den Fortbestand der Revolution. Gegen die Konterrevolution müssen wir wachsam sein. Der Ministerpräsident versichert, daß die Nationalversammlung kommen werde. Er habe auch im Berliner Arbeiterrot die Uebertreibung erlebt, daß dort einer das große Wort führte, der gestern, wenn er auch nicht Allddeutsch war, so doch nicht viel weniger. Wir betteln nicht bei der Entente, wir vertreten dort aufrecht die Interessen Deutschlands. Zum Begriff des Volksweltismus bemerkte der Ministerpräsident, daß seine Macht der Erde ihn werde überwinden können, wenn Rot und Sanger ins Volk kommen.

Für die Politik Eisners.

München, 1. Dezember (W. T. B.). Zu der heutigen öffentlichen Sitzung der Delegierten der Landes-Soldatenräte erhaltete Gefreiter Müller den Bericht der Kommission, die beim Ministerpräsidenten Eisner war, um die Unterlagen zu der Auffassung des Soldatenrats zu prüfen, daß man mit Eisner und der Eisnerischen Politik zu dem ersehnten Ziel kommt. Der Redner verlas dazu folgende Erklärung:

Die Kommission ist zunächst auf Grund von persönlichen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten zu der Ueberzeugung gekommen, daß Eisner eine durchaus ehrliche Friedenspolitik treibt. Die Unterlegen, die er uns mitteilte, lassen die Aussicht als begründet erscheinen, daß die Entente mit ihm in Unterhandlungen über den Vorfrieden eintreten wird. Erst Zusicherungen über das Befolgen dieser Bemühungen können heute nicht gegeben werden. Die Kommission glaubt jedoch, daß bei der hohen Wichtigkeit des angestrebten Zieles ein Versuch auf der Eisnerischen Grundlage nicht unterlassen werden darf. Eisner geht hier von der Voraussetzung aus, daß die deutsche Nationalversammlung den Vorfrieden zu beschließen haben wird.

Unter den neuen Resolutionen befindet sich auch die folgende von Schröder und Kämpfer: „Die Versammlung des Landes-Soldatenrates, bestehend aus Vertretern der drei bayerischen Armeekorps, stellt sich einmütig auf den Boden der von der revolutionären provisorischen Regierung verfolgten Politik. Insbesondere billigt sie voll und ganz gleich dem Ministerrat die auswärtige Politik des Ministerpräsidenten Eisner. Entschieden protestiert die Versammlung gegen die Desiderien des Auswärtigen Amtes in Berlin, die geeignet sind, Deutschland noch tiefer in den Abgrund zu stürzen. Die Versammlung beansprucht entschieden volle Gleichberechtigung und weitestgehenden Einfluß Bayerns wie aller anderen Glieder des Reiches auf die Gesamtpolitik und fordert die sofortige Entfaltung der noch in der Reichsregierung dominierenden konterrevolutionären Elemente.“

Ein Damm gegen die rote Flut.

Scheidemann, die Hoffnung des Bürgertums.

Im Zirkus Busch fand eine Versammlung aktiver Unteroffiziere statt. Der Hauptredner in dieser Versammlung hielt es für angebracht, den Marschall Hindenburg zu feiern als einen der Besten des Heeres. „Vor dem das ganze Volk nur die größte Ehrfurcht haben kann“. Daß für die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges der Beweis erbracht sei, wolle er noch nicht gelten lassen. Um richtig urteilen zu können, müsse man auch alle Kräfte in allen Ländern geöffnet haben. Gegen die Münchener Veröffentlichungen „müsse daher Stellung genommen“ werden.

Der Mann, der es fertig brachte, den Marschall Hindenburg als seiner Telegrame zum Trost in diesem Augenblicke wieder in den Himmel zu erheben, der gegen die so notwendige Aufklärung der Bevölkerung über die Schuldfrage durch Veröffentlichung der bayerischen Akten auftreten zu dürfen glaubte, dem die in ihnen enthüllten Tatsachen noch nicht überzeugend genug scheinen, — dieser Mann aber war kein anderer als der Volksbeauftragte Scheidemann, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Württemberg-Nürtingen!

Wenn irgendein Nationalliberaler oder Konservativer so gesprochen haben würde, brauchte man sich nicht zu wundern. Daß Philipp Scheidemann es wagt, einen solchen Standpunkt zu vertreten — in diesem Augenblicke zu vertreten, das ist wirklich ein hartes Stück. Aber es paßt zu vielem anderen, was dieser Mann bereits auf seinem Konto hat.

Man kann es nach dieser Rede Scheidemanns durchaus verstehen, wenn die „Kreuzzeitung“ in ihrer Wochenchau erklärt: „Gewiß, Herr Ebert und seine Freunde sind ein Damm, wenn auch leider kein sehr harter, gegen die rote Flut ihrer Regierungsgeossen um Goosé...“ Wir gratulieren den Herren Ebert und Scheidemann zu diesem Lobspruch der „Kreuzzeitung“, den sich die Arbeiter hoffentlich merken werden: Arbeitervertreter, Sozialdemokraten, die „ein Damm gegen die rote Flut“ sind!

Ebert über die Sozialisierung.

In einer gestern stattgefundenen Versammlung der Groß-Berliner Organisation der Wehrheitspartei kam Volkswelttrager Ebert auch auf die Frage der Sozialisierung zu sprechen. Er erklärte, seine Partei sei entschlossen, eine Sozialisierung unserer Industrie so weit und so bald als möglich zur Durchführung zu bringen. Das dürfe aber nicht das Experiment einzelner Phantasten sein. Nur das Werk echter wissenschaftlicher Vorbereitung und Organisation könne zum Erfolge führen. Denn die Sozialisierung sei nicht Selbstmord. In einzelne Betriebe künstlich einzu-

greifen sei höchst gefährlich und verderblich. Sozialismus bedeute planmäßige Organisation zum Nutzen des ganzen Volkes. Sozialismus sei der Gipfel der Ordnung im höchsten Sinne. Die deutschen Arbeiter brauchen nicht besorgt zu sein um die Erfolge der sozialen Revolution. Die Regierung sei entschlossen, den Kapitalismus in seinen Auswüchsen zu beseitigen. Die Kriegsgewinne müssen rückföchtig eingesetzt, die Erbschaftsteuer zum Nutzen der Republik weit ausgebaut werden.

Reaktionäre Frechheiten.

Die reaktionäre Presse sieht sich wieder ganz „oberauf“. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält bereits das Augenblick für gekommen, das monarchistische System wieder zu verherrlichen. „Wie es bisher war“, meint das Blatt, dürfte es wohl verschwunden sein und, wie die Dinge sich auch entwickeln mögen, so nicht wiederkommen. Aber es war doch ein System, welches an sich gesund, lebensfähig und entwicklungsfähig bis zum letzten Augenblicke war, welches das Deutsche Reich, sein Gedeihen und seine Größe gemacht und ausgemacht hat. Auch Wilhelm II. wird von dem Agrarierorgan in Schutz genommen; der Kaiser sei weit davon entfernt gewesen, den Krieg zu wollen. Zum Vorwurf wird ihm nur seine in den letzten Regierungsjahren zunehmende — Passivität und Neigung zur Ruhe gemacht. Wilhelm der Robbaste, Wilhelm der Impulsive nämlich seiner Passivität angeklagt — dieser Vorwurf hat wirklich seinen eigenen Reiz!

Die „Tägl. Rundschau“ hat die Frechheit, folgendes zu schreiben:

„Die Leiter des Deutschen Reiches der Gegenwart aber haben vier Jahre hindurch alles dafür eingeleitet, daß die eigene Kraft und Macht geschwächt und schließlich zerbrochen wurde und der Gegner, der Konkurrent, groß und stark wurde. Derjenigen, die heute nach dem Staatsgerichtshof rufen, gehörten selbst auf die Anklagebank. Sie haben mit den Interessen des eigenen Volkes Schindluder getrieben.“

Das hat gerade noch gefehlt: Die Kräfte, die mit dem alten, morischen, verlogenen und ausbeuterischen System auftraten, sind verantwortlich für den Zusammenbruch, und sie gehören vor einen Staatsgerichtshof!

Der Staatsgerichtshof wird ja wohl bald seine Arbeit beginnen. Vielleicht legt er dem Uebermut der Organe vom Range der „Tageszeitung“ und der „Täglich Rundschau“ dann rasch einen Dämpfer auf, indem er ihre Vertrauensleute und Schützlinge noch mehr an den Pranger stellt, als es bisher schon geschehen ist.

Vaterlandsliebe und Kapital.

Einen netten Beitrag zum Thema „Patriotismus und Kapital“ lieferte gestern Prof. Weber-Deidelberg in seiner Rede in der Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei. Es treibe einem, so erklärte er, die Schamröte ins Gesicht, wenn man daran denke, daß sich im Augenblicke Leute wie Thälken und andere Industrielle in Spanien befinden, um dort mit den Franzosen zu verhandeln, wie man das deutsche Rheinland dem Feinde zuführen könne. Stämmische Pfirsiche und „Doh verdächtig“ erdäuten aus der Versammlung, von deren Teilnehmern sicherlich nicht wenige bisher Thälken und Konkurrenten aus „Kaufens Führer“ des deutschen Volkes bezeichnet.

Kapitalflucht.

Der „Deutschen Tageszeitung“ entnehmen wir folgendes Inserat:

Suche zum sofortigen Ankauf in Nordhessen, nördlich der Linie Flensburg-Löndern oder angrenzend, einen Hof von ca. 100-200 Morgen mit anständigem Wohnhaus, etwas Holz und Wasser, wenn möglich mit elektrischem Licht. Hohe Anzahlung, event. Anzahlung wird geleistet. Ich bitte die Herren Besitzer, die einen günstigen Verkauf wünschen, sofort mit mir in Verbindung zu treten u. genaue Angaben zu machen. Discretion zugesichert. Julius M. Bier, Berlin, Leipziger Straße 20.

Nördlich der Linie Flensburg-Löndern liegt das Gebiet auf das Dänemarf Anspruch erhebt. Irrend jemand, der auf der Rot und dem Blut des deutschen Volkes Millionen gemünzt hat, glaubt dort vor der Steuerpolitik der deutschen sozialistischen Republik sicher zu sein.

Die Konjunktur ist aus. Nun schütteln sie den Staub von den Pantoffeln, um das Gold zu retten. Patrioten!

Empörende Zustände.

Ueber die Zustände im Zivilisangenenlager Havelberg erhalten wir unter dem 23. November 1918 aus zuverlässiger Quelle folgenden Bericht:

In dem Gefangenenlager hat sich nichts geändert. Alle französischen, englischen, rumänischen, belgischen und serbischen Kriegsgefangenen sind befreit, aber die Zivilisangenen aus Litauen und Polen sind noch hier und werden mit Brotsprechungen abgespritzt, denen man nicht trauen darf, weil noch die meisten Offiziere, wie bisher in dem Lager das Regiment führen. Eine Gruppe von etwa 20 Genossen, die wegen sozialistischer Propaganda von den deutschen Okkupationsbehörden aus Litauen verbannt und in Havelberg interniert wurden, haben sich an die Leitung des Gefangenenlagers gewandt, daß man sie auf eigene Kosten in die Heimat entlassen soll. Das wurde ihnen aber verweigert. Im Lager herrscht Hunger und Not, die Stimmung ist gedrückt. Einigkeit der internierten Genossen wurden wegen Ueberschreitens der Grenze von einem Lager zum andern mit Kolben geschlagen. Der Soldatenrat des Lagers kann den Gefangenen nicht helfen, weil er im Lager nichts zu bestimmen hat. Die Macht liegt noch immer in den Händen der alten Offiziere, auch der Vorsitzende des Soldatenrates ist ein Offizier.

So weit die uns zugegangenen Mitteilungen, die wohl keinen Kommentars bedürfen. Es ist eine Schmach, daß derartige Zustände drei Wochen nach der Revolution bestehen können. Wie oft sind die einschlichen Zustände im Gefangenenlager Havelberg von unseren Rednern im Reichstag gebrandmarkt worden! Und heute sitzen noch dieselben Offiziere, die für das alte Schandregiment verantwortlich sind, an derselben Stelle, ohne daß der Soldatenrat des Lagers die Möglichkeit hat, gegen die Verschönerung unserer gefangenen Genossen einzuschreiten. Wie forder-

unbergängliche Befreiung der Genossen und Verrückung der empfindenden Zustände im Lager Oabelberg.

Arbeiterratswahl für Groß-Berlin.

(Amtlich.) Zur Erfassung aller gewerblichen, technischen und kaufmännischen Betriebe und Handelsgeschäfte, in denen männliche und weibliche Arbeiter und Angestellte gegen Entgelt beschäftigt werden, wird folgendes verfügt:

1. Jeder Unternehmer oder Geschäftsinhaber wird verpflichtet, dem Obmann — oder, falls ein solcher nicht vorhanden ist, einer Vertrauensperson der bei ihm Beschäftigten — eine Aufstellung über die Art des Betriebes, des Geschäftes und der Anzahl der bei ihm beschäftigten Personen über 20 Jahre einschließlich der im Betriebe tätigen Geschäftsinhaber schriftlich auszubringen.

Diese Aufstellung ist mit der Adresse des Obmanns oder der Vertrauensperson zu versehen und von derselben an die an den Anschlagtafeln bezeichnete nächstliegende Stelle zur Registrierung abzugeben.

2. Für die Arbeiter und Angestellten der kommunalen und staatlichen Betriebe gelten diese Bestimmungen mit der Maßgabe, daß die beurlaubten Aufstellungen direkt an das Zentralbüro, Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, abzugeben sind.

3. Die Angehörigen freier Berufe (Ärzte, Juristen, Schriftsteller, Künstler und die selbständigen Gewerbetreibenden usw.) werden von ihren Berufsorganisationen erfasst. Diese Organisationen melden dem Zentralbüro die Anzahl der Personen, soweit sie nicht bereits unter 1 und 2 fallen.

4. Die nach Ablauf der Meldefrist eingelaufenen Meldungen werden nach Berufsgruppen geordnet und zu einem Wahlkörper zusammengefaßt.

Wahlreglement.

1. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Personen beider Geschlechter über 20 Jahre.

a) Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlrechts statt. — Wird nur eine Liste eingereicht, so gilt diese als gewählt.

b) Die zu wählenden Arbeiterratsmitglieder müssen in der in Frage kommenden Gruppe beruflich tätig sein.

2. Auf je 1000 Beschäftigte kommt ein Arbeiterratsmitglied; wenn die Schlußzahl 500 übersteigt, ein weiteres Mitglied.

3. Großbetriebe über 1000 Beschäftigte bilden einen Wahlkörper für sich und wählen selbständig.

4. In Betrieben des Kleinvertriebes werden die Wahlen für je 1000 Beschäftigte von der Wahlkommission unter Mitwirkung der in Frage kommenden Berufsorganisationen vorgenommen; ebenso die der freien Berufe.

a) Der Arbeitgeber hat jedem im Betrieb Beschäftigten eine Legitimation auszustellen;

b) die Wahlversammlungen der einzelnen Gruppen werden durch Säulenankündigung bekanntgegeben.

5. Sämtliche Arbeitslosen Groß-Berlins wählen an einem bestimmten Tage und zu einer bestimmten Zeit, die durch Säulenankündigung bekanntgegeben wird. Als Legitimation gilt der Nachweis der Arbeitslosigkeit.

Der Wahlbezirk Groß-Berlin umfasst folgende Orte: Adlershof, Ahrensfelde, Alt-Glienicke, Baumgarten, Berlin, Biesdorf, Blankenburg, Blankenfelde, Britz, Buch, Buckow, Borsig, Charlottenburg, Dahlem, Fische, Falkenberg, Fr. Buchholz, Friedrichsfelde, Friedenau, Glienicke, Grunewald, Grunewald, Joch, Groß-Wiechtersfelde, Groß-Pieten, Halensee, Heinersdorf, Hellersdorf, Hertenberg, Hohenhof, Johannisthal, Kottbus, Kaulsdorf, Köpenick, Lankwitz, Lindenberg, Nichtenberg, Nichtenrade, Obersiedl., Neudörfchen, Niederhohenschönhausen, Oberhohenschönhausen, Obersiedl., Ostfriedhof, Pantow, Reinickendorf, Rummelsburg, Rudow, Rosenfeld, Süden, Schwaneberg, Schmarjandorf, Schildow, Schöneberg, Schönholz, Steglitz, Stralau, Tempel (Jungfernhöhe), Tempel (Waldhöhe), Tempel, Tempelhof, Treptow, Wartenberg, Weichensee, Wilmersdorf, Wittenau, Zehlendorf.

A) Zentralbüro:

Lehrervereinshaus Alexanderplatz.

B) Meldestellen:

- Metallarbeiterverband, Minierstraße 89/90.
- Germania-Ecke, Chausseestraße 110.
- Krankes Festale, Poststraße 19.
- Milchale, Schönhauser Allee 130.
- Wäke, Neue Königstraße 1.
- Andreas-Festale, Andraastrasse.
- Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.
- Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15.
- „Zum Alexander“, Alexandrinenstraße 37a.
- Oabels Brauerei, Bergmannstraße.
- Wahlstelle des Westens, Spichernstraße 3.
- „Reingold“, Goldammer Straße am Potsdamer Platz.
- Brauerei, Turmstraße, Ecke Stromstraße.
- Landerlands Festale, Neue Friedrichstraße 86.
- Dolchhaus, Charlottenburg, Rosinenstraße 2.
- Brauerei Schöneberg, Hauptstraße.
- Wesler, Tempelhof, Berliner Straße 21 Ecke Dorffstraße.
- Müller, Reinickendorf, Schmarjandorfstraße.
- Werbos W-Bildschänke am Bahnhof Eichhornstraße.
- Gennings Festale, Groß-Wiechtersfelde, Posthof 18.
- Kanalarbeiter-Gewerkschaft, Richterberg, Rittergutsstraße 17/18.
- Bäume, Rummelsburg, Al-Vorhofen 50.
- Postale-Festale, Neudörfchen, Bergstraße 103/104.
- Victoria-Garten, Treptow, Am Treptower Post 25.
- Landerlands, Oberhohenschönhausen, Kaufener Straße 5.
- Platze, Weichensee, Berliner Allee 252.
- Schumann, Köpenick, Bahnhofsstraße 44.

Die Meldungen müssen am 2. und 3. Dezember 1918 von 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. bei obigen Meldestellen abgegeben werden. Die Meldungen am 2. Dezember 6 Uhr nachm. nach dem Meldeamt werden nicht angenommen.

Die Wahlen selbst folgt weitere Bekanntmachung. Die Wahlkommission.

J. A. Reumann.

Der Vollzugsrat der A. und S.-Räte Groß-Berlins, Rich. Müller, Kollendube.

Vom Vollzugsrat.

In der Samstag-Sitzung wurden die Wahlen in die am vorhergehenden Tage gebildeten vier Ausschüsse vorgenommen.

In den Reichs-Ausschuss wurden gewählt: Ledebour, Baumig, Toben, Anst. Ström, Müller, Kollendube, Poasche, Bernhagen; in den Preußen-Ausschuss: S. Beromann, Wegmann, Dehne, Jülich, Denede, Bortner, Gierth, König, Obuch; in den Groß-Berliner Ausschuss: Heller, Trippe, Reutenbeck, Büchel, Reviand, Deetz, Gelberg; in den Ausschuss für interne Angelegenheiten des Vollzugsrats: Ramm, Trippe, Büchel, Gierth.

Der Vollzugsrat zu der Reichsversammlung der A. und S.-Räte wird dahin ergänzt, daß auch noch die Marine drei Delegierte und Lippe-Deimold einen Delegierten zu entsenden hat.

Nach einer Pause wird die Sitzung um 24 Uhr fortgesetzt mit der Beratung der Wahlordnung für die Arbeiterräte Groß-Berlins. Die Wahlordnung wird der Presse zugehen.

Von den Waffenstillstandsverhandlungen.

Ueber die Waffenstillstandsverhandlungen in Spaa wird gemeldet:

Die Waffenstillstandskommission in Spaa befahte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der Internierung der Armee Radens, über welche weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsabkommen darf die Armee Radens nicht interniert werden, sondern muß sich unverzüglich hinter die deutsche Grenze zurückziehen.

Nicht transportfähige Kranke und Verwundete, die in den zu besetzenden deutschen Gebieten zurückbleiben, werden zurückgegeben, sobald sie transportfähig sind, die transportfähigen dagegen werden gefangen gesetzt. Kranke und verwundete Soldaten in den Kurorten müssen, sobald sie transportfähig sind, weiterbefördert werden.

Dem Wunsch der Bevölkerung Radens entsprechend wird die Stadt, sobald wie möglich von den Truppen der Alliierten befreit werden, wahrscheinlich heute noch.

In Köln dürfte ein Vorkommando der Alliierten schon in den nächsten Tagen eintreffen.

Bezüglich der in deutschen Häfen liegenden Handelschiffe der Alliierten ist von England die Forderung gestellt, daß diese Fahrzeuge sofort seetüchtig zu machen sind. Eine englische Kommission wird den Zustand der Schiffe untersuchen, welche beschädigt oder aus anderen Gründen nicht seetüchtig sind. Es ist zu erwarten, daß die vorbereiteten Schiffe sofort die deutschen Häfen verlassen müssen. Eine besondere Kommission von Schiffahrtsfachverständigen von beiden Seiten wird die Fragen des Artikels 30 der Waffenstillstandsbedingungen regeln, welche die Rückgabe der der Entente gehörigen Handelschiffe, die sich augenblicklich in deutscher Gewalt befinden, betreffen. Die Schiffe sind ohne Recht auf Gegenseitigkeit an die Entente zurückzugeben.

In Sewastopol wurden das russische Linien Schiff „Wolga“, ein russisches Torpedoboot, vier deutsche U-Boote und das frühere Stationschiff in Konstantinopel, „Loreley“, eine ehemalige Dampfschiff, an die Alliierten übergeben.

Der Rückmarsch.

Düsseldorf, 30. November. Der beschleunigte Rückzug aus dem linken Rheingebiet bei Düsseldorf wurde trotz aller Schwierigkeiten in der Nacht beendet. Gegen 5 Uhr überschritten die drei letzten Divisionen die Rheinbrücke; auch alles Material war herübergeschafft. Infolge des großen Truppenandranges blieb die Stadt zeitweilig einem großen Heerlager. Die Verrückung wird in der folgenden Nacht oder am Sonntag früh erwartet.

Neuwied, 30. November. Der Hauptteil der von General v. Eberhardt befehligten 1. Armee in Stärke von 150 000 Mann und 80 000 Pferden, die früher dem verstorbenen General Fritsch von Besow unterstand, ist in unmittelbarem Anmarsch an den Rhein bei Neuwied. Regimenter der 1. ostpreussischen Division (Armeegruppe Wörne) überschritten gestern den Rhein aus der neuen Eisenbahnbrücke bei Engers und auf der Schiffbrücke zwischen Weihenbusch und Neuwied. Vor einigen Tagen war die Gardebataillon-Schützenbrigade, die die letzten schweren Kämpfe bei Raan mitgemacht hat, hier eingetroffen und ist nach Bielefeld weitermarschiert. Alle Truppen befinden sich in bester Ordnung und zeichnen sich durch vortreffliche Haltung aus. Die weiteren Divisionen der Armeegruppen Wörne und Bindequitt, unter anderen die 8. bayerische und 89. Reserve-Division, werden in diesen Tagen hier eintreffen. Den Truppen wurde auf dem Durchzug durch die reich besagten, geschmückten Straßen von der Einwohnerschaft herzlicher Empfang bereitet.

Duisburg, 30. November. Der Durchzug der Truppen der 4. Armee über den Rhein ist in der Hauptsache beendet. Heute passierten noch viele Artillerieformationen die Stadt. In den linksrheinischen Gemeinden ist in Erwartung des nachrückenden Besatzers der Plogenschmied restlos entleert.

Berlin, 1. Dezember. Drei Infanterieregimenter der Heeresgruppe Radens sind in Oberberg eingetroffen.

Gegenrevolutionäre Ausschreitungen.

Kreuznach, 1. Dezember. Zu ersten gegenrevolutionären Ausschreitungen kam es in Kreuznach anlässlich der Tatsache, daß der Arbeiter- und Soldatenrat am dortigen Stadthaus neben den Nationalsozialisten auch die rote Fahne gehißt hatte. Nachdem diese vor einigen Tagen durch einen Offizier herabgeholt war, wurde sie am Sonntag nachmittag auf Befehl eines Offiziers von mehreren Mannschaften gewaltsam herabgeholt und vor dem Stadthaus in Gegenwart des dem Rückmarsch zusehenden Publikums verbrannt. Nachdem diese Fahne durch eine neue ersetzt war, kam es am Sonntag vormittag zu ernsthaften Ausschreitungen. Einige im jugendlichen Alter stehende Unteroffiziere des hier einquartierten 88. Infanterie-Regiments erließen mit Revolvern bewaffnet auf dem Büro des Arbeiterrats und Soldatenrates, machten der anwesenden Leitung den Vorwurf, daß die mangelhafte Ernährung der Truppe die Schuld des Arbeiter- und Soldatenrates sei und verlangten die Entfernung der roten Fahne. Ohne die ihnen angebotene Unterredung mit dem Ortskommandanten abzuwarten, schritten sie die Leute gewaltsam unter Drohungen mit Waffengebrauch den Weg zu dem verschlossenen Raume, erbrachen ihn und entzündeten die Fahne unter dem lauten Beifall

des den sogenannten besseren Ständen angehörenden Publikums. Alsdann hielt ein vertretener Hauptmann eine patriotische Ansprache und brachte ein dreifaches Hurra auf „Seine Majestät“ aus, in welches die Menge kritiklos einstimmt. Nunmehr erschien bewaffnete Würgerwehr, um auch den übrigen Fahnenbesitzer des Rathauses zu entfernen. Das Publikum nahm dagegen eine drohende Haltung an. Die Abordnung hat darauf in diesem kritischen Augenblick den Arbeiter- und Soldatenrat mit Rücksicht auf den Ruf und den Fremdenverkehr Kreuznachs, man möge nachgeben, um weitere Ausschreitungen und Blutvergießen zu verhindern. Aus diesem Grunde entsprach der Arbeiter- und Soldatenrat der Bitte und beschloß, von dem weiteren Hisen der roten Fahne abzusehen.

Das deutschösterreichische Volksheer.

Der Staatsrat wird der Nationalversammlung ein Gesetz über die künftige Armeeargamentierung vorlegen. Es soll folgende sein:

Das Volksheer wird nach dem Grundsatz der allgemeinen gleichen Wehrpflicht gebildet. Die Oberste Leitung ist dem geschäftsführenden Staatsratsdirektorium übertragen. Das Aufgebot kann erlassen werden ersten zur Verteidigung gegen Angriffe des Feindes, zweitens zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern. Im ersten Falle wird das Aufgebot von der Nationalversammlung erlassen; nur wenn Gefahr im Verzug ist, kann der Staatsrat das Aufgebot erlassen mit nachträglicher Genehmigung der sofort einzuberufenden Nationalversammlung.

Durch den Heeresdienst werden die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten nicht berührt. Die Angehörigen der Soldaten erhalten einen Unterhaltsbeitrag. Erleidet der Soldat infolge des Heeresdienstes ohne Verschulden eine Verminderung seiner bürgerlichen Erwerbsfähigkeit oder den Tod, so erhalten er oder seine nächsten Angehörigen eine Rente oder Abfindung. Zur Entgegennahme von Klagen und Beschwerden der Soldaten werden Soldatenausschüsse eingesetzt.

Die Zahl der Wahlberechtigten.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Wahlrecht ist durch die Verordnung vom 12. November 1918 ausgedehnt worden a) auf die Frauen, b) auf die 20. bis 25jährigen, c) auf die Soldaten. Während bei den Reichstagswahlen von 1912 14,4 Millionen Wahlberechtigte waren und von diesen sich 12,8 Millionen — 88 Prozent an den Wahlen beteiligt haben, werden infolge der Ausdehnung des Wahlrechts bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung schätzungsweise 30 bis 40 Millionen, darunter etwa 21 Millionen Frauen, wahlberechtigt sein. Diese Summen ergeben sich auf Grund der folgenden Berechnung: Nach der amtlichen Statistik (Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 240, 2. S. 254) sind am 1. Januar 1911 aus dem Jahrgang 1898, der als erster Geburtsjahrgang für die Wahlberechtigung in Frage kommt, und früher vorhanden gewesen:

männliche Personen 22 065 829
weibliche Personen 23 004 261

zusammen 45 070 090.

Davon sind in den Jahren 1911—18 abzusehen die Sterbefälle. Sie betragen etwa 600 000 jährlich und verteilen sich nahezu zu gleichen Teilen auf Männer und Frauen, zusammen etwa 4,8 Millionen. Abzusehen sind ferner etwa 1,8 Millionen im Kriege gefallener und Vermisster. Im ganzen sind demnach durch Tod usw. 6,6 Millionen (4,2 Millionen Männer, 2,4 Millionen Frauen) von der obigen Summe der Wahlberechtigten abzusehen. Außerdem haben abgesehen die Ausländer mit etwa 14 Millionen. Hinzu kommen die uns während des Krieges zugewanderten Ausländer, die in Konstantinopel und die Armen- und russischen beglaubigten Personen.

Alles in allem ergibt sich an Wahlberechtigten am 31. Dezember 1918 die Summe zwischen 30 und 40 Millionen Personen, etwa 18 Millionen Männer und 21 Millionen Frauen. Zweifelhaft ist es, ob unsere Kriegsgefangenen (zirka 600 000) in die Lage versetzt werden können, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. — Mit dieser Berechnung wird eine fälschlich durch die Blätter gegangene, auf irtümlicher Voraussetzung beruhende Aufstellung, die nur etwa 85 Millionen Wahlberechtigter angab, widerlegt.

Absetzung eines Polizeiobersten.

Hamburg, 30. November. Wie die Abendblätter erfahren, ist Polizeioberst Niemann durch den Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzt worden. Ueber die Gründe dieser Absetzung verlautet nichts Sicheres. Von weiteren Hamburger Beanteten ist nur der Amtsverwalter Dr. Siemer seines Amtes entsetzt worden.

Letzte Nachrichten.

Rückgang des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien.

Beuthen (O.-Schl.), 1. Dezember. Der ober-schlesische Bergarbeiterstreik ist weiter in langsamem Rückgange. Bei der gestrigen Arbeit hat sich die Zahl der Aufständigen um weitere 500 Mann gegen den Vortag verringert und beträgt auf elf Gruben noch zirka 6000 Mann.

„Bolschewistische“ Propaganda.

Eine Bolschewistische Propaganda besagt: Auf dem schwedischen Dampfer „Angermanland“, der auf der Reise von Petersburg nach Schweden den finnischen Hafen Björköe anlieh, wurden fünf Bolschewisten verhaftet, die als Gepäck haben schwere verriegelte Kisten mitgeführt. Die Untersuchung ergab, daß die Kisten russische bolschewistische Agitationsliteratur in englischer, französischer und deutscher Sprache enthielten. Unter den Proklamationen befinden sich ein Aufruf „Liebt euch an die Soldaten und Arbeiter der Ententemächte, in dem aufgefordert wird, den bürgerlichen Staat zu stürzen und eine Diktatur des Proletariats zu errichten. Ein Aufruf ähnlichen Inhalts richtet sich an die deutschen Soldaten in der Ukraine, in Polen, Litauen, Russland, Estland und Finnland. Ein Aufruf in deutscher Sprache, der sich an die revolutionären deutschen Arbeiter und Soldaten in Finnland wendet, ist von bekannten finnischen Bolschewisten in Petersburg unterschrieben.

Groß-Berlin.

Heimkehr.

Wie ganz anders hatte man ihnen draußen von der Heimkehr in die Heimat erzählt. Ein großzügiger Plan sei aufgestellt, alles bis ins kleinste geordnet. Wie am Schnitzmesser wollte man die Feldherren aus dem Kriegshandwerk in die Friedenswirtschaft überführen. Alles war schon ausgerechnet — auf dem Papier.

Und nun ist es so ganz anders gekommen. Geradezu fluchtartig müssen die Truppen zurückziehen, in lebensgefährlichem Gedränge Hals über Kopf sehen, daß sie noch das nackte Leben retten.

Zu Hause angekommen, fehlt es an allem Notwendigen. In vielen Fällen ist die Familie dezimiert. Kinder und Frauen sind der Unterernährung zum Opfer gefallen. Vielfach erwartet dem Heimkehrenden eine Schuldenlast, die der Hauswirt unter allen Umständen möglichst bald bezahlt verlangen oder die Möbel werden einbehalten. Arbeit ist auch nicht sofort zu erhalten. Frohsinn kann unter solchen Umständen kaum aufkommen, wenn auch jeder Heimkehrende froh ist, aus dem Dogenkessel noch heil und ganz herauszukommen zu sein.

Und trotzdem: Was göbe manche Frau, manche Braut und manche Mutter darum, ihren lieben Angehörigen — selbst verkrüppelt — heimzuführen zu sehen. Ihnen krampft es das Herz zusammen, sehen zu müssen, wie die Eisenbahnzüge täglich hehntausende Heimkehrender ausweisen, der liebe Gatte, der geliebte Bräutigam oder der hoffnungsvolle Sohn ist nicht dabei. Warum fehlt gerade er, konnte er nicht auch dabei sein? Sind die bangen Fragen, die immer wieder erneut erhoben werden. „Mein Vaterland gefallen“, „vermisst“, „den Heldentod gestorben“ — das waren die Trosteworte der patriotischen, kriegsverteidigenden Presse und der regierenden Gewalten für den Mollenmord. Heldentot — in Wirklichkeit wie Sunde eingestarrt. Viele wissen nicht, wo sie geblieben. Die tiefe Sehnsucht nach den eigenen Lieben wird oft der Gattin, der Braut, der Mutter das weitere Leben verfehlen. Es ist, als wenn's nicht mehr weitergeben sollte.

Und doch gibt es, sich zusammenzurufen und für die Lebenden zu wirken. Die Witte und die Erbitterung gegen die Gewalten, die die entsetzliche Menschenschächerei verschuldet haben, war ein Teil von jener Kraft, die den alten

Den ins Danks gebührt. Jetzt gibt es, das Wert zu vollenden, damit eine Generation heranwächst, die solche Zeiten nicht mehr durchmacht, wie wir sie durchgemacht haben. Und dabei werden uns die Heimgekehrten kräftig mitzählen.

Grafse Herr Kunert schreibt uns: Ich bin von meinem Posten als pädagogischer Beirat am 15. November zurückgetreten. Ich bin zu dieser Mitteilung genötigt, da mein Amtsaustritt unbekannt geblieben ist und ich infolgedessen mit amtlichen Zuschriften, Anfragen usw. gewaltig überschüttet werde. Ich bin fernerhin leider ganz außerstande, diese Zusendungen zu beantworten oder anzunehmen.

Der Volksgeliebte Fröhlich, der wegen seiner Konterorder an die Schutzleute den ihm unbequemen militärischen Sicherheitsdienst sahlegen wollte, wird uns von verschiedenen Seiten als ein Mann geschildert, der bisher die brutalsten Mittel zur Wiederherstellung unserer politischen Bewegung in Anwendung brachte. Bezeichnend für diesen Mann war es, daß er es fertig brachte, zu erklären, er habe sich der neuen Gewalt zur Verfügung. Ein Mann, der bisher wie ein wild gewordener Stier seine Untergebenen gegen die Arbeiterschaft aufstachelte und sie mit dem blanken Säbel auf die Arbeiter hegte, ein solcher Mann hielt es mit seinem Begriffe von Ehre vereinbar, der neuen Regierung sich zu verpflichten. Offenlich hat er sich jetzt das Grab selber gegraben, das für andere bestimmt war.

Die Bildung eines freiwilligen Volksherees und die Entlassung der Jahrgänge 96—99 wurde in einer von 1000 Soldaten der Jahrgänge 96—99 besuchten Versammlung der ehemaligen Rot. Fliegervereine in Adlershof gefordert. In den Beschlüssen heißt es u. a.: „Wir finden es unvereinbar mit den Anschauungen einer sozialistischen Regierung, uns weiterhin in der Zwangslage des Militarismus zu belassen. Wenn die jetzige Regierung Soldaten zur Sicherstellung ihres Programms braucht, möge sie Leute verpflichten, die ihre Anschauungen teilen. Wir fordern ein freiwilliges Volkshere! Am Donnerstag, den 5. Dezember, vorm. 11 Uhr, findet in dem Lokal „Zum alten Kellner“, Anhalterstr. 11, eine Zusammenkunft von Delegierten dieser Jahrgänge aus Groß-Berliner Regimenten statt, die Stellung zu obiger Resolution nehmen sollen.“

Der Soldatenrat der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin veröffentlicht folgende Erklärung: Es geben unannehmer Elemente umher, die Gelder für Frontsoldaten einsammeln. Eine Legitimation hierzu besitzt niemand. Der Frontsoldatenrat, der die Interessen der nach Groß-Berlin zurückkehrenden Frontsoldaten vertritt, hat keinerlei Sammlungsaufträge gegeben. Die Frontsoldaten bitten nicht um Rückzahlung, sondern werden ihre berechtigten Ansprüche an zuständiger Stelle erheben.

Lebensmittel in Bilmersdorf. Vom 2. bis 8. Dezember 1/2 Pfund Rührbrot und voraussichtlich 450 Gramm Marmelade,

höchstens 7 Pfund Kartoffeln. Bis 5. Dezember Voranmeldung für Nährmittel und Vorkaufsmittel. Voranmeldung von Schokolade für Kinder im 7. und 8. Lebensjahre, Nährmittel für Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre bis 8. Dezember. Voranmeldung für Pfefferkörner bis 3. Dezember. Der Verkauf von Getreide oder frischen Fischen beginn. Mäckerwaren wird fortgesetzt.

Versicherungsangestellte werden von einem unbekanntem Wahlausschuß in letzter Zeit zu Versammlungen eingeladen. Wir machen bekannt, daß diese Einladungen weder von uns ausgeht noch daß wir daran beteiligt sind. In den nächsten Tagen werden die bereits erwähnten Ausschüsse aller Versicherungsangestellten zusammenberufen, um über Kollektivverhandlungen zu beraten. Soweit Ausschüsse in den Betrieben noch nicht gewählt sind, wollen sich die Angestellten sofort wegen der Vertretung an das Bureau Münzstraße 20, wenden.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Sektion der Versicherungsangestellten.

Der Bund technischer Berufstände, Berlin W. 85, Potsdamer Straße 118c, lädt die Vorstände der Berliner technischen Vereine zu einer Ausschussung am Montag, den 2. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr im Pschorr-Wirt (an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche) ein. Im Interesse der großen bevorstehenden technischen Aufgaben ist es dringend erforderlich, daß sämtliche technische Kreise sich zur Mitarbeit für die Umstellung zum Friedensbetrieb zur Verfügung stellen.

Der Feldpostverkehr. Trotz der entgegenstehenden überaus großen Schwierigkeiten sollen fortan bestmögliche unter Feldpostadresse aufgelistete nichtamtliche Feldpostkarten an die von der Postkontrollkommission zurückgehaltenen unterwegs befindlichen Truppenangehörigen wieder zugelassen werden. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die Beförderung nur soweit möglich ist, als die Empfänger bestehenden, noch nicht aufgelösten Truppeneinheiten angehören. Die Absender werden daher dringend ersucht, solche Feldpostkarten nur dann auszuliefern, wenn ihnen bestimmt bekannt ist, daß die in der Adresse angegebenen Truppen in ihrem Verbands noch vorhanden sind.

Geldstrafenverfahren drängen in der Nacht zum Sonntag in das Bankgeschäft von A. Rolling in der Dammstraße 4 ein. Die Kletterer an der Außenseite des Hauses an den vorliegenden Steinen bis zu den im ersten Stockwerk gelegenen Geschäftsräumen empor, zerschlugen hier eine Fensterscheibe und ließen so in den Rasterraum. Hier öffneten sie den großen Geldschrank mit Sauerstoffapparaten und nahmen den ganzen Inhalt mit. Soweit sich bis jetzt feststellen ließ, erbeuteten sie außer 25 000 Mark bares Geld eine große Anzahl Versicherungspolizen und sonstige Wertpapiere. Auf die Diebstahlsbeihilfe des gestohlenen Gutes hat das geschädigte Bankgeschäft eine Belohnung von 20 Prozent ausgesetzt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Nestlerke, Berlin-Wilmersdorf, Druck der Lindenbrüder und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19

Theater und Vergnügen.

Opernhaus
6 Uhr: Lantzhäuser.

Schauspiele
7 1/2 Uhr: Flachmann als Falcher.

Deutsches Theater
7 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.

Kammerspiele
7 Uhr: Der Sohn.

Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen.

Lessing-Theater.
7 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theater.
7 1/2 Uhr: Nachtselbstmord.

Volkshöhne.
7 Uhr: Wilhelm Tell.

Trionon-Theater
7 1/2 Uhr: Der gute Ruf.

Central-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus Charlottenh.
7 Uhr: Zap und Zimmermann.

Friedrich-Wilhelmsstadt Theater.
7 1/2 Uhr: Mannerl.

Das Ureinährhaus.
II. Teil.

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Hans im Schnakenloch.

Komische Oper.
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmüdel.

Insustpielhaus.
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Dir. Carl Weinhard - Red. Bureau
Theater I. d.
Königgrätzer Strasse
7 1/2 Uhr: Der Rauch im All.
Komödienhaus
an der Marschallbrücke
7 1/2 Uhr: Tanzende Nymphe
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Sterne,
die wieder leuchten
Operette in 3 Akten,
Musik von Walter Kollo.
Jeden Mittwoch und Sonnabend,
nachm. 3 1/2 Uhr:
Lisi's Märchenreise.
Neues Operettenhaus.
7 1/2 Uhr: Die Glocken von Cornville.
Residenz-Theater.
7 1/2 Uhr: Dyckerpotts Erben.
Palast-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Mikado
mit Cläre Dax.
Mittw. 3 1/2 Uhr: Der Sturzwelpeter.
Schiller-Theater Charlottenburg.
7 1/2 Uhr: Hamlet.
Thalia-Theater.
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde.
Mittw. 3 1/2 Uhr: Die Reue im Schlaraffenland.
Theater am Kolonnenplatz.
7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe
Theater des Westens.
7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe
Wallner-Theater.
7 1/2 Uhr: Graf Habenichts.
Mittw. 3 1/2 Uhr: Der Märchenwald.
Casino-Theater.
Lohringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr:
Neu! Das zackige Volksstück Neu!
Die goldene Brücke
Vorher: Erstklassige Spezialitäten.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der Königtag.
Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.

Lichtspiele
Verlängert!
Söhne des Volkes
Film der Zeit von Ole Olsen und S. Michaëlis
mit
Gunnar Tolnaes
Vorführung 6 und 8 Uhr.

Das **Tagebuch**
einer
Berlorenen
Regie: Richard Oswald
Hauptrollen: Erna Morano, Konrad Veidt,
Werner Krauss, Helene Schönel
u. T. Ruzsichmann, Wolfgang
MIAMAY
U. T. Heideichstraße, Götterberg, Götterbrücke
Pola Negri
Harry Liedtke
U. T. Heideichstraße, Götterberg, Götterbrücke
Paul Heidemann
U. T. Heideichstraße, Götterberg, Götterbrücke
Ellen Richter
U. T. Heideichstraße, Götterberg, Götterbrücke
U. T. Heideichstraße, Götterberg, Götterbrücke
UT

Wintergarten
Das grosse
Spezialitäten-Programm
Anfang 7 1/2 Uhr.
APOLLO
Theater
Dir. JAMES KLEIN
Sonntags 3. und 7 1/2 Uhr
Die Welt geht unter!
Bilder aus der grossen
November-Varietéschaus
Mitwirkende:
Senta Sörnd, Ludo Blätter
Ernst Lehner, Iris Grönwall
NADCHURA'S Elefant
ROSTON'S Affenmensch
u. m.
Sonntags 3 1/2 und 7 1/2 Uhr
1 Kind frei.

Stempel u. Schilder
Verlags-Abzeichen
Löhrig,
Reuterstraße 17.

**Zeitungs-
frauen**
zum Austragen d. „Freiheit“
sucht
Lehmann,
Liebigstraße 10.

**Grammophone
und Platten**
BIAL & FREUND
ALEXANDRINENSTR. 97
BERLIN S. 42
GROSSE AUSWAHL
BILLIGE PREISE
Auf Wunsch
BEQUEME
ZAHLWEISE

Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

Freie Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands
(Syndikalisten).
Bureau: Alte Schönhauser Straße 24.
Achtung Metallarbeiter!
Dienstag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr,
**Öffentliche Versammlung der Metallarbeiter
und Arbeiterinnen**
in den Sophiensälen, Sophienstraße 19.
Tagesordnung:
1. Die Stellung der Gewerkschaften und die Revolution
2. Freie Aussprache.
Referent: Kollege Alfred Gloth.

Revolutions-Postkarten
speziell für Straßenhändler.
10 Stück hochpolitische Karrikaturzeichnungen mit treffenden
satirischen Texten erscheinen am 1. Dezember neu. Großer leichter
Matteartikel. Leicht zu hängen, hohler Verleib, für auswärts
vergebliche Altsammler bei Abnahme größerer Quantitäten.
Walter Kuhn, Berlin SW. 11, Schönebergerstr. 9/10
Postkarten-Verlag.

III. Kreis.
zum Austragen
Botenfrauen
der Zeitung „Die Freiheit“
werden gesucht.
Meldungen werden entgegengenommen bei G. Baum, Stallschreiberstraße 40
N. B. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich einige Tage am Austragen
Zeitung zu betätigen, und sich zu diesem Zweck im Lokal Baum, Stallschreiberstraße
einzufinden.
Der Vorstand.

Versicherungsangestellte.
Von einem unbekanntem Wahlausschuß werden Einladungskarten
zu einer am Montag, den 2. Dezember im Rheingold stattfindenden
Betriebsversammlung? verbreitet, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit
stattfindet.
Die Anhänger des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen besuchen
diese Versammlung nicht. Unsere Veranstaltungen werden stets mit
unserem vollen Namen veröffentlicht. In den nächsten Tagen werden
wir die bereits gewählten Ausschüsse aller Versicherungsangestellten
zusammensetzen, um über Kollektivverhandlungen zu beraten. Soweit
Ausschüsse in den Betrieben noch nicht gewählt sind, wollen sich die
Angestellten der Betriebe sofort an unser Büro Münzstraße 20 wenden,
um eine Vertretung zu erhalten.
Versicherungsangestellte! Organisiert Euch im
Zentralverband der Handlungsgehilfen
Sektion der Versicherungsangestellten.

Neukölln. U. S. P.
Montag, den 2. Dezember 1918, abends 8 Uhr:
**Extra-
Frauen-Leseabend**
im Lokal Karl Kaiser, Thüringerstr. 15.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es
Bücher aller Genossinnen bestimmt und pünktlich zu er-
scheinen. Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand. J. A. Jabe.

Sorten
DIE BLAUE LATERNE
Regie: Rudolf Bleibach
MOZARTSAAL